

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. Nr. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3460.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Circulation: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftsszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnenten werden die eingetragene Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voran zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 218.

Dresden, Sonnabend den 19. September 1908.

19. Jahrg.

Nicht Triumphierende — nicht Rebellierende!

Nürnberg, 18. September.

Nach dem wogenden Streit zweier Tage wurde heute früh bald der Schluss der Auseinandersetzung herbeigeführt. Es war jetzt ungefähr alles ausgesprochen, was die für und wider treitenden Genossen auf dem Herzen hatten. Nur zwei Männer waren noch zu Wort und beide hatten allerdings noch Interessantes vorgetragen. Kell Stuttgart, der die vorjährige Budgetabstimmung in Württemberg mitgemacht hat, sprach die Meinung aus, dass auf beiden Seiten Fehler begangen seien; es hätten die norddeutschen Blätter eine überreizige Behandlung des Falles begangen und die süddeutschen seien dann denselben Fehler verschuldet; die süddeutschen Fraktionen hätten nicht ohne Zugleich anderer Genossen ihre Beratungen über diese Frage führen sollen; die Begründung, die sie zur Budgetabstimmung abgaben, sei ungemündig, da sie auf dauernde Zustimmung hinausliefen, die man doch gar nicht wolle. In der Regel, so prägte Fert der Stuttgarter Landtagsabgeordnete seine Meinung, müsse das Budget abgelehnt werden, durch eine Blindlingsabstimmung in jedem Fall könnte aber Schaden gelingen, eine Möglichkeit zu Ausnahmen müsse bleiben. Genossen Sieg dagegen trat nochmals mit großer Lebhaftigkeit für die Vorlandstreitlösung ein. Diese Resolution legt für die Zukunft die Einheit von Theorie und Praxis fest. Die Einheit der Partei, die gefordert werden müsse, sei keineswegs mit Unterwerfung verbunden, sie beruhe nur auf der Einheit der Überzeugungen. Praktische Arbeit werde ebenso wie den Budgetvertrag geleistet, dieser solle aber zugleich aus die unüberbrückbare Lücke, die das Proletariat von den herrschenden Klassen trennt. Man könne nicht erkennen Klassenstand kein gutes Haar lassen und aus die Mittel zu seiner Erhaltung befürworten.

Das Schlusswort erhielt Genossen Ebert. Offiziell das Parteiwochenblatt ist plötzlich ausgetreten und verzweigt sich in oft schneidendem Wendungen gegen zahlreiche in der Debatte vorgebrachte Behauptungen der anderen Seite. Die Vorstandssresolution, so führte er unter anderem aus, sei kein Widerauftum, sondern eine sachliche Entscheidung über die Streitfrage; sie rechtfertige auch nicht die Resolution des Südbeder Parteitag, sie gehe dafür, dass künftig falsche Aussagen, wie ihr seitens der süddeutschen Abgeordneten geteilt wurden, ausgeschlossen seien sollen. Die Resolution Frohme aber sei nicht annehmbar, weil sie nicht sage, wie die in ihr angeregte Verständigung zustande kommen solle. Wenn hinzugefügt würde, dass dem Einpruch des Parteiwochenblatts die Fraktionen Folge leisten würden, dann wäre es etwas anderes; solche Formulierung lehnte über die Süddeutschen ab. Ebert mahnte nochmals an den Ernst der Situation. Der Parteitag möge nun entscheiden, und jeder Genosse werde soviel demokratisches Gefühl besitzen, um sich dem Beschluss zu unterwerfen. Die nachdrückliche Kritikstellung der Gegenpartei würde zum Spott werden, wenn es wegen dieser Frage zu einer Parteivaltung käme. Es solle nicht Sieger und nicht Niedergesetz geben, und alle vereint wollen wir weiter gegen den Feind kämpfen! Banganhaltender Vefall der Wehrheit folgte Eberts Darlegungen.

Nun nahm nochmals Genossen Ullmann zu der Erklärung das Wort, dass die Mehrheit der süddeutschen Delegierten sich entschlossen habe, für die Resolution Frohme zu stimmen, um den Beweis zu liefern, wie hoch ihnen die Geschlossenheit und das Gemeinschaftsgefühl der Partei steht; in dieser Resolution schließen sie auch den Antrag, die Frage der Budgetabstimmung in einer Weise zu lösen, die das gegenseitige Vertrauen mehr als bisher erhält, ohne doch die Selbständigkeit der Fraktion außer acht zu lassen.

Unter größter Spannung erfolgten die namentlichen Abstimmungen. Die Vermittlungssresolution Frohme wurde mit 217 gegen 160 Stimmen abgelehnt, die Vorstandssresolution wurde mit 258 gegen 119 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass eine erhebliche Anzahl von Delegierten, die prinzipiell auf dem Boden der Vorstandssresolution stehn, zugleich dem Vermittlungsgedanken Frohmes geneigt war. Es zeigt ferner, dass die Zahl derer, die in der Budgetfrage keine allzu scharfen Einschränkungen wünschen, immensitativ fast ein Drittel der Parteitagsmitglieder ausmache. Es zeigt schließlich, dass die entschiedene Gegnerschaft gegen die Budgetabstimmung in dem weitaus größeren Teil der Partei vorherrscht. Und zu bemerken ist noch, dass die süddeutschen Delegierten bei den Abstimmungen fast geschlossen auftraten; nur wenige von ihnen traten auf die Seite der norddeutschen Delegierten. Auch die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer stimmte gegen die Parteivorstandssresolution.

Nach Annahme der Parteivorstandssresolution gab Genossen Segg im Auftrag von 66 Delegierten aus Süddeutschland eine Erklärung ab, deren Wortlaut die Lefet im Bericht finden, die darauf ausgeht, dass die Angelegenheiten der eingetragenen Landespolitik von den Landesorganisationen selbstständig bestimmt und dass die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem verantwortlichen Comitee der Landesorganisationen verantwortlichen Landtagsfraktionen vorbehalten werden müssen.

Mit dieser Erklärung sondierte die große, oft lärmische Auseinandersetzung ihren Abschluss.

Eine Erwiderung auf die von Segg abgegebene Erklärung erfolgte nicht und wir dürfen in dieser Tatsache die Meinung des Parteitags sehen, dass die Erklärung nicht im unüberbrückbaren Gegensatz zu der beschlossenen Resolution steht. Hatten die süddeutschen Delegierten in ihren Reden vielfach angedeutet, dass sie sich

einem Mehrheitsbeschluss, der ihnen unerträglich erscheint, nicht unterwerfen würden, so ist die Begründung solcher Auseinandersetzung in der Erklärung sicherlich nicht zu erkennen. Die süddeutschen Delegierten glauben durch ihre Erklärung ihre von Anfang an eingenommene Haltung gewahrt zu haben, aber sie haben ihrer Selbständigkeitserklärung eine Fassung gegeben, durch welche die schwer drohende Gefahr einer Parteiverspaltung verhindert ist. Da sich die Dinge so überaus schroff zugespielt hatten, da eine Möglichkeit der Einigung ausgeschlossen war, so musste dieser Ausgang der Debatte immerhin als ein sehr erfreulicher Bezeichnet werden. Die große Mehrheit will nicht triumphieren über besiegte Kameraden, und die gewiss auch stattliche Widerheit will nicht rebellieren. Sie will unter Wahrung ihrer Überzeugung in der Gesamtpartei stehen und mit ihr marschieren!

Es werden weiterhin noch die ersten Lehren aus den bewegten Zeiten, die unsere Partei soeben erlebt, zu ziehen sein. Vor allem aber wird es gelten, nun baldigst wieder uns den bedeutsamen Aufgaben zuwenden, zu denen uns die Not der arbeitenden Klassen und andererseits die Machtpolitik der herrschenden Klassen ruft! Für diese uns bevorstehenden Räume gab in der heutigen Nachmittagssitzung des Parteitags Genosse Wolfenböhmer als lachendiger Refrain über die sozialpolitische Situation im Reiche wertvolle Anregungen. Und das morgen erfolgende Referat des Genossen Geyer über die Südwestische Finanzreform und die neu drohenden Steuerlasten wird und gleichfalls eindeutig zeigen, welchen Aufgaben die deutsche Sozialdemokratie sich jetzt entschlossen und kraftvoll zuwenden muss!

Eine Arbeiter-Demonstration für den Weltfrieden.

Morgen, Sonntag den 20. September, werden sich Vertreter der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft Englands mit den Arbeitern Deutschlands, vertreten durch die Berliner Genossen, im großen Saal der deutschen Reichshauptstadt zusammenfinden, um den Willen des Proletariats jenseits und diesseits des Kanals, mit allen Kräften für die Erhaltung des Friedens einzutreten, in ernesten feierlichen Gebüschen zu bekräftigen. Die Rednerreihen verzweigen auf der englischen Seite Abgeordnete der Arbeiterpartei und Vorstehende großer Gewerkschaften, auf der deutschen Seite des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Genossen Singer, und den Vorsitzenden der Generalversammlung der Gewerkschaften, Genossen Legion. Schon die Wahl der Redner auf deutscher Seite weist darauf hin, dass die Versammlung in der Berliner Neuen Welt keineswegs eine lokale Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit der ganzen deutschen wirtschaftlichen und politisch organisierten Arbeiterklasse ist, die den englischen Gästen ein herzliches Willkommen zusagt.

Die Demonstrationversammlung vom 20. September bildet den Höhepunkt einer Woche, die an politischem Inhalt übereilt ist: sie reicht sich auf der einen Seite dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg aus, auf der andern Seite der von bürgerlicher Seite veranstalteten interparlamentarischen Konferenz in Berlin, zwischen welchen beiden sie durch die Portionen der englischen Gäste gleichsam einen verbindenden Schlussstein bildet. Es braucht keineswegs verschwiegen zu werden, dass zwischen der Masse des englischen und des deutschen Proletariats heute noch tiefegehende Unterschiede nicht nur der gesamten Lebensgewohnheiten und des sozialräumlichen Beziehungsstellungen, sondern auch der Weltanschauung und der politischen Überzeugung bestehen, und das, wenn unsere englischen Gäste dauernd als im Lande mittägliche Genossen in unserer Mitte weilen würden, schwere Auseinandersetzungen über wichtige Fragen grundhafte und taktischer Natur nicht erlaubt bleiben würden. Aber wie finden und mit den englischen Brüdern und Kameraden nicht zusammen, um kritische Fragen zu erörtern, sondern um uns mit ihnen zu einer politischen Aktion zu einem, die im Oberhaupt der arbeitenden Völker gehoben ist. In diesem Sinne haben die deutschen und englischen Arbeiter bei ihrer gemeinsamen Veranstaltung gehandelt, und darum wird die deutsch-englische Friedensdemonstration vom 20. September immer ein höchst rühmliches Blatt in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bilden.

Zu den Meinungsvortheiltheiten, die uns von unseren englischen Kameraden trennen, gehört auch die bedeutende Abweichung des Werterecks über die Berliner interparlamentarische Konferenz. Während die deutsche Sozialdemokratie — und wie wir glauben, mit ausgezeichneten Gründen — von einer Beteiligung an der internationalen Volkswirtschaftsversammlung absieht, haben unter englischen Freunde sicherlich auch noch rechtsliberaler politischer Erwägung — ihre Teilnahme an jener Konferenz für möglich gehalten. Aber darin besteht wieder die vollständige Einigkeit zwischen ihnen und uns, dass wir beide der Überzeugung sind, der Friede Europas lasse sich nicht anders sichern als durch die aufgeklärten Köpfe und die entschlossenen Herzen des internationalen Proletariats. Auf die friedfertigen Hebenkarten geschickter Diplomaten ist kein Verlust, zwischen allen Kriegen, die in den letzten Jahrhunderten geführt worden sind, haben die Friedenstrümmer der Staatsmänner gleichsam die Zwischenstaatlichkeit gebildet. Das Proletariat aber will den Krieg nicht nur heute und morgen nazi-

s sondern es will ihn nicht jetzt und für allezeit. Friede für immer zwischen England und Deutschland und darum fort mit den vollerdrückenden Kriegsgründungen — dafür geloben wir alle unseren englischen Gästen, und Kameraden mit ihnen zu kämpfen und zu arbeiten.

Ein permanentes Streik-Schiedsgericht für England.

J. S. London, 17. September.

Die industrielle Einigungskette vom Jahre 1896, die noch heute in Kraft ist, ertheilt dem Handelsministerium die Ermächtigung, bei Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Arbeitern auf das Erreichen beider Parteien einen Schiedsrichter zu ernehmen. Das Handelsministerium hat sich dieses Recht momentlich in den letzten Jahren in ausgiebigster Weise zunutze gemacht. Im Jahre 1905 griff das Ministerium bei 14 industriellen Streitigkeiten ein und legte sie alle bei; im Jahre 1906 in 20 Fällen, von denen 16 beigelegt wurden; in 1907 in 39 Fällen, wobei 32 beigelegt wurden, während in den ersten acht Monaten dieses Jahres nicht weniger als 47 Interventionen durch das Handelsministerium vorkamen, und von diesen wurden bisher bereits 35 Streitfälle beigelegt.

Der Wert dieser handelsministeriellen Vermittlung wurde jedoch von den Unternehmern und Arbeitern in sehr verschiedener Weise beurteilt. Die Unternehmer sind mit ihr im großen und ganzen sehr zufrieden, aber die Arbeiter begegnen ihr mit wachsendem Misstrauen. Sehr häufig haben sich die Arbeiter erhebliche Lohnreduktionen gefallen lassen müssen, und selbst in Fällen, in denen sie anfangs mit dem gewählten Schiedsrichter zufrieden waren, stellen sich später heraus, dass sie die Genadefürsten waren. Ein hervorragendes Beispiel dieser Art ist die durch die Vermittlung des damaligen Handelsministers Edward George im vorigen Jahre zustandegekommene Vereinbarung zwischen den Eisenbahnerarbeitern und Eisenbahngesellschaften, die, wie jetzt selbst die optimistischsten Eisenbahner angeben müssen, die Arbeiter vollständig den Gesellschaften ausgeliefert hat. Die Arbeiter haben in letzter Zeit in zahlreichen Fällen die Vermittlung abgelehnt und sich lieber in den Streit begeben, weil sie herausgefunden haben, dass der Schiedsrichter, dem allein die Macht der Entscheidung übertragen ist, und der fast ausnahmslos ein hoher Staatsbeamter ist, selten in stande ist, sich in die Denkwürde und die Lage der Arbeiter hineinzufinden und ihren Standpunkt in genügendem Maße zu würdigen.

Um die gefährliche Popularität der amtlichen Intervention bei den Arbeitern zu bewahren, will nun der Handelsminister Churchill ein neues Verfahren einführen, das den von den Arbeitern beklagten Missständen einigermaßen abheben soll, ohne jedoch das Gesetz von 1896 selbst abzuändern. Anstatt der bisher von Fall zu Fall ohne jedes System erkannten individuellen Schiedsrichter soll jetzt ein permanentes Schiedsgericht etabliert werden. Das Schiedsgericht, das am jenseitigen Ende des Streites seinen Sitz haben wird, wird ja nach dem Wunsche der Parteien aus drei oder fünf Mitgliedern bestehen, die für ihre geleisteten Arbeiten Gehälter und Kostenersatz erhalten werden. Das Gericht wird vom Handelsminister ernannt, und zwar aus drei verschiedenen Kammern. Die erste Liste, der die Vorsitzenden den drei Gerichten entnommen werden, umfasst „hervorragende und unparteiische Personen“. Die zweite Liste enthält die Namen von Unternehmen, die aber dennoch mit Bezug auf die betreffende Streitfrage unparteiisch und nicht interessiert sein sollen. Die dritte Liste wird in ähnlicher Weise aus den Namen von Arbeitern und Geistlichen zusammengestellt werden. Zu dem Memorandum, das das Handelsministerium in der Sache veröffentlicht, wird ausdrücklich die Hoffnung ausgesprochen, dass die Zusammensetzung des Schiedsgerichts das sich häufig zeigende Misstrauen der Arbeiter zerstreuen und so die Entscheidungen des Gerichts gebürtiger machen wird. Dadurch, dass die Personen den Richter immerfort wechseln, will man verhindern, dass die ganze Einrichtung als solche ihre Vollzähligkeit verliert.

Die gesamte bürgerliche Presse begrüßt diese Neuerung mit einem einstimmigen Chorus von Begeisterung; schon dies allein mahnt zur Vorsicht bei der Beurteilung der Sache. Wir glauben, dass zu diesem Lobgedicht wenigstens vom Standpunkt der Arbeiter nicht der geringste Anlaß vorliegt, denn an der bisherigen Lage wird durch die neue Einrichtung kaum etwas geändert werden. Wenn nun auch Vertreter aus der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse in gleicher Zahl zu dem Schiedsgerichte hinzugezogen werden, wird doch der „unparteiischen“ Regierungskreis entnommene Gerichtsvorsteigende die gleiche entscheidende Macht in der Hand haben wie früher der Schiedsrichter. Wenn die Reform nicht geradezu bedeutlich ist, so nur deshalb, weil die Inanspruchnahme des Schiedsgerichts nach wie vor von der Einwilligung beider Parteien abhängig bleibt. An der Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts könnte man wegen der obenmaligen nachdrücklichen Abjekte der organisierten Arbeiterschaft auf dem Nettlinger Gewerkschaftskongress allerdings nicht denken. Ein Meisterstück staatsmännischer Kunst ist die Neuerung sicher nicht,

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Freiheit in Ungarn.

Die Tribune, das in Budapest (Ungarn) erscheinende zumindestige Organ, veröffentlichte kürzlich eine Statistik der politischen Prozesse, Strafregelungen, Verhandlungen und sonstiger Verfolgungen, denen die nicht ungarischen Völker und die sozialistischen Agitatoren seit dem 8. April 1900, dem Tage, an dem das junge ungarische Kabinett die Regierung in Ungarn übernommen hatte, ausgesetzt waren. Wie die Tribune bemerkt, erhebt die Statistik keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, sondern umfasst nur diejenigen Prozesse und Verhandlungen, welche an das Sicht der Öffentlichkeit gelangt sind.

So beweisen ist noch, daß während dieser ganzen Zeit, wie ich früher, mein Fall verzeichnet wurde, in dem etwa ein Magyar gegen Aufreizung gegen die Nichtmagyaren oder gegen die Sozialisten bestraft worden wäre.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürften sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Dieser Alberi Apponyi ist eine der widerlichsten Gestalten ungarischer Unterdrückungspolitik. Meritale Reaktionen und freie Streiche, mißbraucht er seine Macht zu der rücksichtslosen Unterdrückungspolitik. Vor Europa aber hemmt er sich, die Rolle eines gewissen, humanen, zivilisierten Menschen durchzuführen. Bereits die interparlamentarischen Friedenskonferenzen erwarten Verhandlungen, so hätten sie diesen in seiner Heimat verachteten und abhängigen Menschen längst aus ihrer Mitte gewiesen. Wie haben wir nur gesehen, daß er im ersten Gespräch mit dem Füchsen überlegen wurde. Wurden da vielleicht die Erfahrungen der ungarischen Außenpolitik mit denen der magyarischen Unterdrückungspolitik ausgetauscht?

Dänemark.

Die Ministerkrise.

Nun Kopenhagen wird der Frontal. Zug berichtet: In der Regierung macht sich eine große Säkularisierung, die ungemein und englische Arbeiter auf dem als Logierhaus verwandten Platz wiedergegeben zu können. Der König soll nicht dem Wiedertritt der abgegangenen Minister widerstehen. Man wird es sich gestatten lassen, daß das neue Ministerium aus Abgeordneten des Regierungskreises gebildet werde, somit also wieder ein parlamentarisches Ministerium sei. Man weiß aber sehr wohl, daß die Regierungskräfte über keine neuen Ministerkandidaten verfügen.

Alberto Frau und eine unverheiratete Schwester haben beschlossen, im größten Teil ihres Privatvermögens zu opfern, zur teilweisen Entschädigung der zahlreichen hartbetroffenen Privatpersonen.

Schweden.

Das Malmöer Attentat.

Malmö, 18. September. Heute wurde das Urteil gesprochen in einem Prozeß wegen des Bombenanschlags, der am 12. Juli gegen deutsche und englische Arbeiter auf dem als Logierhaus verwandten Platz stattgefunden war. Die Angeklagten Nilsson und Bergman wurden zum Tode, Stern zu lebenslanger Zwangshaft, gut, zwei Angeklagte zu 6 bzw. 2 Monaten Zwangshaft und die Angeklagte Natalie Malmström zu 100 Kronen Geldstrafe verurteilt. Beide Angeklagte wurden freigesprochen.

Nähere Mitteilungen über den Verlauf des Prozesses, der zu schweren Verurteilungen führte, liegen bis jetzt nicht vor.

Türkei.

Generalstreik auf der Orientbahnen.

Konstantinopel, 18. September. Die Beamenschaft der Orientbahnen steht seit heute morgen, nachdem gestern abend eine Einigung zu erzielen, endgültig fehlgeschlagen ist. Der Generalstreik wurde gestern abend noch abgelehnt, hat aber die Stütze nicht bekommen. Er wird wahrscheinlich nur bis Montag weitergehen. Die Polizei ist gestern schon zum größten Teil aufgestellt. Der heutige Orientexpress kann nicht abgelassen werden, doch wird der heutige fällige Konventionaltag noch erledigt werden; allerdings wird er große Verzögerungen erleiden. Man hofft, daß der Streik nur von kurzer Dauer sein wird.

Konstantinopel, 18. September. Der Orientexpress Wien-Konstantinopel ist infolge des Bahnhofsaufturms an der türkischen Grenze liegen geblieben.

Sofia, 18. September. Nun entstehet auf den Orientbahnen zwischen dem Aufturm und dem Bahnhof an der türkischen Grenze liegen geblieben.

Wieden, 18. September. Angeblich soll ein neues revolutionäres Programm der Bulgaren entdeckt worden sein. Das jugoslawische Komitee wurde davon in Kenntnis gebracht.

Rußland.

Echt russisch.

Petersburg, 18. September. Der Ministerrat hat den Minister für Befreiungserklärung ermächtigt, die Zulassung von Frauen zu den Universitätsvorlesungen für die Zukunft zu verbieten, denen jedoch die bereits zugelassen sind und denen der Übergang in eine höhere Lehranstalt für Frauen unmöglich ist, die Verbindung ihres Studiums an den Universitäten zu gestatten. Die Zahl der gegenwärtig an den russischen Universitäten zugelassenen Frauen beträgt etwa 2130.

Perfien.

Die Räume in Täbris.

Täbris, 18. September. Nun ist Daulah veröffentlicht ein offizielles Ultimatum, in dem er von den Revolutionären die Auslieferung ihrer Waffen fordert. Sollte die Auslieferung im Laufe von 48 Stunden nicht erfolgen, so wird das Kommandement auf das Stadttor der Revolutionäre angestrahlt. Die Revolutionäre sind entschlossen, Täbris zu halten, da die Europäer nicht aus der Stadt zu lassen und sogar den Angriff der Russen zu verhindern. Eine Abteilung Mafreher steht mit fünf Geschützen etwa 35 Kilometer von hier. Die Einheiten richten an alle Gebietschaften in Teheran die Sirene um Vermittlung und um Wiederherstellung der Verfassung.

Amerika.

Gompers gegen Debs.

Gompers, der Präsident der Amerikanischen Federation of Labor, hat sich in dem kommenden Wahlkampf für den demokratischen Präsidentenwahlgang erklärt. Auf der anderen Seite gibt es nichts als Unruhen, als trete er für gänzliche Neutralität der Föderation ein. In der letzten Nummer der Federation ist jedoch gefüllt er sich in den unglaublichsten Verdächtigungen der sozialistischen Partei und des Genossen Debs. Die sozialistische Partei plant

für den Genossen Debs einen Extratag, den "Spezialtag" auszurichten, der ihn durch alle Hauptstädte führen soll, wo er Agitationssreden zu halten hätte. Dieser Spezialtag wurde 88 000 \$ kosten. Gompers stellt nun die Frage, woher diese großen Summen kommen und deutet an, daß Debs von einer Gruppe von Industriellen finanziell unterstützt werde. Gompers spricht diese Verdächtigungen wider, besseres Wissen aus, denn die sozialistische Partei Amerikas quittiert über alle ihre Einnahmen offiziell, und das gleiche geschieht auch mit den Wahlkästen, so daß sich jedermann untersuchen kann, aus welchen Quellen die Fonds für die sozialistische Partei fließen. Diese unechte Kampfweise Gompers wird auf die Dauer nicht verhindern können, daß die Waffen sich seinem unheilvollen Einfluß entwinden. Eine Anzahl Gewerkschaften haben es abgelehnt, dem Wahlkasten Gelder zuzuführen; sie haben, im Gegenteil, beschlossen, den Wahlkasten der sozialistischen Partei zu unterstützen.

Die Wahlkampagne ist übrigens in vollem Gange. Der Spezialtag hat schon vor längerer Zeit Chicago verlassen, eine ungeheure Masse Agitationsmaterial mitgebracht. Die beim Parteidienststand eingelaufenen Berichte aus den verschiedenen Staaten lassen alle von der großen Begeisterung zu melden, die überall für den Sozialismus besteht. Dies selbst lehrt, daß im Staate Kansas, den er zweitbereiste, Hunderte und Tausende von Parteimitgliedern gesammelt haben und die vereinbarten Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürften sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei sich ergebenden Prozesskosten dürfen sich auf rund 20 000 Kronen begünstigen.

Die Tribune widmet diese Statistik dem großen Friedenskund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf die diesjährigen interparlamentarischen Konferenzen den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eintreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik bei ihrem politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiederzugeben zu können. Ihr Schlußresultat sind 124 Jahre, 202 Tage, Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die dabei

Der Parteitag in Nürnberg.

4. Verhandlungstag.

Nürnberg, 18. September 1908.

Bermitteilung.

Singer

öffnet die Sitzung 9½ Uhr mit der Mitteilung, daß die sozialdemokratische Partei, Dänemark, die zurzeit ihren Kongreß abhält, von diesem dem Parteitag brüderliche Grüße gesandt habe mit dem Wunsche für erfolgreiche Arbeit. (Beifall.) Und daß er im Namen des Parteitages diese Grüße entgegennahm. Gute Anregungen und danken.

Die Diskussion über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Reich-Stuttgart:

Es wird nach außen hin einen wenig erhebenden Eindruck machen, was wir in den letzten zwei Tagen hier getrieben haben (Sehr richtig!), vor allem auf die Masse unserer eigenen Anhänger. Die Gegner aber können sich die Hände reiben, denn wir haben uns diesen zwei Tagen arge Blößen gegeben. Es entspricht schon der ganzen Bedeutung der sozialdemokratischen Partei Deutschland, auf die Erörterung dieser praktisch-politischen Einzelfrage zu warten und darüber zu verhandeln. Ich sage, wie sollten es genug sein lassen des grausamen Spiels (Sehr richtig!) und zur Vernunft zurückzuführen. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten.edenfalls ist es jetzt besser, die begangenen Fehler anzugeben, als neue hinzuzuschaffen. (Sehr richtig!) Der erste ist tatsächlich von den süddeutschen Fraktionen gemacht worden (Hört, hört!), deren Mitglied ich bin. Ich halte es aber für angezeigt, die Debatte überflüssig Ballast zu bringen. Es wäre besser gewesen, wenn die süddeutschen Fraktionen nicht auf den Standpunkt gestellt hätten, daß die Sitzung, in der die Budgetfrage erörtert wurde, ausdrücklich eine soziale Auseinandersetzung sein sollte. Sie hätten besser getan, aufzuhören Menschen heranzuziehen. (Sehr richtig!) Ein weiterer ist der, daß die Begutachtung der vierzehn Stimmen am 10. August eine Zustimmung zu dem Budget in den süddeutschen Staaten einer Weise gegeben wurde, daß sie in ihrer logischen Konsequenz die dauernde Zustimmung zum Budget führt, die auch die Genossen in den süddeutschen Staaten nicht dulden. In der Sache ist halte ich es aber auch für verfehlt, zu sagen, daß wir bei der Budgetabstimmung unbedingt unseren prinzipiellen Standpunkt des Antrages zur bestehenden Staatsordnung zum Ausdruck bringen müssen. Das hat auf die Dauer nicht die Wirkung, die wir uns von versprechen, sondern es bindet und die Hände und außerdem ist es uns ja gar nicht an anderen Gelegenheiten, bei denen wir unsere grundsätzliche Stellung der Staatsordnung gegenüber zum Ausdruck bringen können. Wenn die bisherige Geschichte eine Geschichte der Mosaiklämpke ist, wie uns im kommunistischen Partei gelernt wird, dann wird sie auch nicht aufhören, eine Geschichte Mosaiklämpke zu sein. Wir haben es bislang für erforderlich gehalten, aus der gegebenen Situation heraus für ein Budget zu stimmen. Schließlich bin ich auf der einen Seite der Meinung, daß die Budgetfrage nicht zu einer Freigabe der Demonstration gegen die bestehende Staatsordnung machen sollen, andererseits bin ich der Meinung, daß dadurch die Frage, ob wir positive praktische Politik treiben wollen, nicht entschieden wird. Praktische Politik kann nicht treiben, der das Budget ablehnt, und negative Politik kann nicht treiben, der es annimmt. (Sehr richtig!) Es gibt ja nicht einmal in allen Staaten eine Endabstimmung über das Budget. Ich betrachte diese Endabstimmung als unser wichtigstes parlamentarisches Kampfmittel. Natürlich wird dieses Kampfmittel bei der Regel Anwendung finden müssen, aber nicht immer und nie allein in Süden, denn sonst würden wir eine Politik haben, wie der Bürger im Vorzeigelabot. So wenig wir sonst bei der Gelegenheit gegen jeden beliebigen Gegner und zu allen Seiten ein und dasselbe schwere Kampfmittel anwenden, ebenso wenig können wir unter allen Umständen und zu allen Zeiten die schwärmendsten und stärksten Parteien in Süden auf die Spitze treiben, um sie mit dem Kampf gegen die Regierung zu entwinden. Wir müssen zu erneutern lernen. Wir werden ja leider nicht oft in die Lage kommen, die Regierung durch Auferkraftung dieses Kampfmittels zu schlagen, aber die Möglichkeit dazu müssen wir haben. Denn wir würden sonst unter Umständen nicht nur die Annahme eines sozialen Antrages ungünstiger Budgets herbeiführen, sondern auch noch anderen Schaden entrichten, wenn wir dieses Mittel nicht anwenden. Auf der Verhandlung, in die wir geraten sind, und die gestern ihren Höhepunkt erreicht hat, gibt es keinen anderen Ausweg als die Annahme der Resolution Frohme. (Beifall.) Ich verfolge damit keinerlei Reibungsrede, ich stehe nicht im Verdacht, daß ich auf eine Vergleichung der sozialdemokratischen Partei hinzuwirke. Und wenn ich trotzdem versichere, daß die Resolution des Vorstandes, obwohl die süddeutschen Fraktionen vorzugsweise nur in ganz seltenen Fällen die freie Entscheidung im Budget genehmigen würden, wenn ich Ihnen versichere, daß die Resolution des Vorstandes und ungeheuren Schaden für unser Praktisches Werk aufzufügen würde, so müssen Sie mir das glauben. Bei der Annahme einer anderen Resolution als der von Frohme werden wir — davon bin ich fest überzeugt — den Frieden in der Partei selbst nicht bekommen. Zur Spaltung wird es bestimmt nicht kommen, aber Frieden werden wir nicht bekommen, und der tut es einzigt gut. Bei der Annahme des Antrages Frohme werden auch die süddeutschen Fraktionen aus der Debatte weichen ziehen und in ihren Abstimmungen Abstimmung auf die Sitzung in der Partei nehmen. Wenn wir den Antrag Frohme annehmen, dann wird diese Debatte die letzte Debatte über die vorliegende Frage innerhalb der Partei gewesen sein. (Beifall)

Stau Bielefeld-Hamburg:

Ich habe zunächst namens der großen Mehrheit der Hamburger Delegierten zu erklären, daß wir für die Vorstandssresolution stimmen werden. (Beifall.) Und war deswegen, weil wir die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei für unumgänglich notwendig halten. Wir sind aber der Meinung, daß diese besseren muß auf der Einheitlichkeit der

theoretischen Erkenntnis und der grundlegenden Auffassung, und daß sie zum Ausdruck kommen muß in der Einheitlichkeit unserer Aktionen. Und da kann ich nicht umhin zu erklären, daß die süddeutschen Fraktionen die Einheitlichkeit der Aktion nicht nur in dem Sinne gefordert haben, daß die Einheitlichkeit der Gesamtpartei dadurch in die Brüche geht, sondern auch sowohl die süddeutschen Staaten selbst in Frage kommen. (Sehr richtig!) Wenn gestern gesagt worden ist, durch diese Debatte wurde unser Süddeutsche Genossen — besonders der badischen, die demnächst vor ihren Landtagswahlen stehen — außerordentlich hemmisch bereitet werden, so frage ich: Wer trägt die Schuld? Und wie sehen diese Kommunisten aus? Ist es vielleicht ein erhebendes Gefühl, wenn unseren Genossen in Baden von den Gegnern gesagt wird: Ich, Ihr Name, Name von Landtagsabgeordneten sei ja nicht einmal unter Euch eingewesen! Das in Bayern und Baden eine Minorität gegen die Budgetbewilligung war, hätte die Genossen von der Majorität ständig machen müssen. Da hätten sie es sich erst recht überlegen sollen, ehe sie den Parteitag vor eine vollendete Tatstufe stellen. Timm hat eine Anerkennung getan, der ich voll und ganz bestimme, nur im einzelnen Sinn als so gemeint war. Er hat gesagt, es scheine, als ob Theorie und Praxis nicht immer in enger Verbindung stehn. Bedeutet die Praxis nur die Umsetzung der Theorie in die Tat, dann allerdings trifft Timms Meinung für die Süddeutschen zu. Von der Vorstandssresolution, die diese Einheit von Theorie und Praxis für die Zukunft festlegt, sagt Heymann, daß die Einheitlichkeit in der Geschäftsführung. Wer wird denn bei uns Parteimitglied? Nach unserem Organisationsstatut derjenige, der die Grundsätze der Partei anerkennt. Und in dem Moment, wo er es tut und Mitglied geworden ist, hat er in freiem Mitleid Disziplin und zur Vernunft zurückgeföhrt. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bilde mir ein, daß ich mit in diesem heftigen Kampfe und auf dem Parteitag völle Objektivität bewahrt habe. Ich der Meinung, daß auf beiden Seiten unglaubliche Fehler gemacht sind, vor allem durch die übereilte Behandlung, die die Partei in den norddeutschen Städten und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, habe ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gebeutet hätten. (Burst: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit soviel Leid — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht jetzt in der deutschen Sozialdemokratie zwei Krieger in einander gegenüberstehen, und wenn nicht jede Erörterung einer solchen Einzelfrage neben den speziellen, gelösten Entscheidungen, die zu treffen ist, noch Nebengeschehnisse erfordert, für beide Richtungen. Weil man diese Nebengeschehnisse und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zu tun, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verhindern, und verzögert dabei, doch jeder von uns hinterher an den immer wieder Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, in denen ich spreche, ich habe daher auch keinen Nebengeschehnis, sondern bil

Die Parteien und Gewalt.

Die als alleinige Abnehmer der Waren vom Produzenten und alleinige Verkäufer gegenüber dem Konsumenten kann auch die Produktion regulieren durch Kontrolleierung der Produktion auf die eingelieferten Werte. Im Jahre 1905 wurden in dem Deutschen Reich 385 Parteien ermittelt, deren kolossaler Einfluss auf den ganzen Produktionsprozess ein Bild auf die Parteien der Schwerindustrie, insbesondere und Stahlindustrie und den Stahlwerksverband zeigt. Die Parteien sind da und sind notwendige Erhebungen unserer großen kapitalistischen Entwicklung, und es ist eine große Utopie, zu glauben, daß sie durch irgendwelche Regelung wieder aus der Welt verschwinden können. Dem rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisen- und Stahlverband gehören 72 Betriebe an mit einer Bruttoproduktion von 77 Millionen Tonnen Steinkohle. Diese große Kraft hat es vermodet, den Kohlenpreis seit den 80er Jahren von 4,50 und 5 M. bis auf 10,75 und 11,75 M. hinaufzubringen, und sie hielt auch den vorhergehenden Stürmen der Krise stand. Sie haben die Arbeiter einen Rest, einen steigenden Anteil an der Produktion auch für sich zu beanspruchen. Der ganze Gewinn dieser Organisation kommt nicht einmal allein im steigenden Preise zum Ausdruck, denn bei jedem werden auch die Arbeitserlöse für die gewonnenen Nebenprodukte mitberücksichtigt. Der Stahlwerksverband vereinigt 120 Werke, die für 1907 eine Bruttogesamtsumme von 11.871.000 Tonnen angegeben hatten, das ist annähernd 1/5 der gesamten Weltproduktion an Eisen, fast 2 Millionen Tonnen mehr als die gesamte englische Produktion beträgt. Und in der Konzentration des Kapitals ist bereits ein Übergang zur Großbildung vorbereitet, die für das Eisen schon beinahe zum Ausdruck kommt in Thyssen-Konzern. Schließlich liegt es in der chemischen und elektrischen Industrie. Die Großbauten werden zu Hervorhören. Es gibt keine und Parteien, die durch Parteien. Gegebe diese Entwicklung aufzuhalten zu können glauben, z. B. das Zentrum. In Amerika hat man das genau mit dem Erfolg, daß die Großbildung nur um so schneller fortgeschreite.

Das interessiert hier nur die Frage, wie diese Organisationen auf die Arbeiterschaft wirken. Bei der Parteienfrage erläutern ihre Vertreter: um die Arbeiterschaft zu unterwerfen wie uns nicht in den Parteien, die existieren keine Verhandlungen. Aber diejenigen Leute, die in den Parteien sitzen, sind auch im rheinisch-westfälischen Kohlenverband, im Bergbauverein, und da sind sie allerdings fest mit der Arbeiterschaft verbündet. Und wenn es da noch nicht zum Ausdruck kommt, dann im Bergbauverein, einem Verein für Bergarbeiter der Arbeiter. Nach dem großen Bergarbeiterstreit wurde ein Vertrag bekannt, wonach die Mitglieder des Bergbauvereins bei einer Bruttogesamtsumme von 1000 M. für jeden einzelnen Fall der Arbeitertretung verpflichtet wurden, keine von einem anderen Mitglied entlassene Arbeiter binnen vier Monaten nach der Entlassung aufzunehmen. Arbeiter, die wegen Vergehen gegen die Disziplin entlassen worden waren, durften überhaupt nur auf Grund eines Sonderentschlusses angenommen werden. (Hört! hört!) 1890 kam dann der Kölner Minnungsverein, dem ich auch die Königlich preußische Regierung mit ihrem Eisenbahnen beschäftigt, an, und so weiter der Zentralverband, der Tabakverein u. a., so daß wir eine

geschlossene Kapitalistenverschwörung gegen die Arbeiterschaft haben. (Schafft Zustimmung!) Und nicht nur gegen die Handarbeiter wandten sich die Unternehmertum, sondern auch gegen die Kapitalisten, die sogenannten Privatangestellten. Ich erinnere an das Vorgehen der Metallindustriellen von August 1905 gegen die Techniker. Dieser sogenannte neue Mittelpunkt spielt eine ganz erhebliche Rolle in unserer modernen Produktion. In den Krupp'schen Werken sind 5700 sogenannte Beamte angestellt. Wenn jeder von ihnen 1000 M. mehr Gehalt bekommt, so macht das schon annähernd 6 Millionen Mark aus. Gegen diesen neuen Mittelpunkt geht man vor mit der Konkurrenzallianz und der Gründungszeit. Die Begehung dieser Leute ist verhältnismäßig leicht gering. Nach einer Umfrage des Vereins für Sozialpolitik haben 80 Proz. der Privatangestellten ohne Hochschulbildung in Berlin ein Jahreseinkommen von weniger als 2100 Mark, von denen mit Hochschulbildung 40 Proz. (Hört! hört!) Man sagt, die Arbeiter in den Konkurrenzallianzen bezahlen ihre Beiträge nicht. Aber nirgends werden den Konkurrenzallianzen so geringe Löhne gegeben wie von den Kapitalisten an den Angestellten mit Hochschulbildung. Von den Angestellten mit Hochschulbildung, die unter 2100 Mark Gehalt haben, haben 60 Proz. ein Einkommen unter 1200 Mark (Lebhaftes Hört! hört!), bis 3000 Mark haben 25 Proz. der Angestellten ohne Hochschulbildung und 25 Proz. unter mit Hochschulbildung, über 3000 Mark nur 13 Proz. ohne Hochschulbildung und 30 Proz. mit Hochschulbildung, davon 2 Proz. der Leute ohne Hochschulbildung und 6 Proz. mit Hochschulbildung mehr als 3000 Mark. (Hört! hört!) Also auch die sogenannten Beamtenangestellten werden immer mehr proletarisiert. Wagen die Arbeitersforderungen zu stellen, so gehen die Konkurrenzallianzen mit

großen Auspeppungen

vor, als im Jahre 1900 in Hamburg 61 Ritter einen Stundenlohn von 2 Pf. mehr forderten, wurden darauf 10.000 Werkarbeiter ausgeworfen. Genau dasselbe haben wir in diesem Jahre in Stettin erlebt. Während der einzelne Unternehmer bei der Ausprägung nichts, seine Kunden zu verlieren, laufen die großen Konzerne diese Gefahr nicht, sie finden sicher einen Markt für ihre Produkte. Aber ganz abgesehen davon, daß die meisten Unternehmer ihren Kunden die Bedingung aufzugeben haben, daß bei einem Streik keine Fortsetzung auf Erfüllung des Vertragvertrages gestellt werden kann, ist jetzt die Situation so, daß ein Streik für die konkurrierenden Unternehmer häufig geradezu eine günstige Wirtschaftslage herbeiführt. Wenn es den Kohlenbaronen nicht gelungen wäre, im Jahre 1905 den Streik zu provozieren, hätten sie 1906 und 1907 die Kohlenpreise nicht so tief in die Höhe treiben können. Wir den

genannten Wohlfahrtsanstaltungen,

den Pensionärsklassen, den beliebten gelben Gewerkschaften, sucht man die Arbeit zu Verschärfen an ihren Klassegenossen zu machen. Wenn die Arbeiter mit Arbeitsniederdarstellung drohen, falls eine ihrer Forderungen nicht erfüllt wird, so wird das von den Gerichten als Erpressung angesehen. Wenn aber die Unternehmen mit Aussperrung drohen, falls die Arbeiter nicht einen Lohnzettel erhalten lassen, gilt das nicht als Erpressung. Untere Justiz geht ja bestimmt nach dem Grundsatz: Wenn zwei doppelt ist, so ist es nicht dasselbe. Dazu kommt der gewaltige politische Einfluß der Großindustriellen. Der Zentralverband deutscher Industriellen, er unterzieht jedes Gesetz, was sich irgendwie mit Stellung der Angestellten zur Regierung stellt, so ist auch der sozialpolitische Kurs. Auf einer Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten am 28. Oktober 1904 begrüßte Herr Vogelius die Freunde, seine Erzähler den Minister v. Rheinbaben hier bestätigte: Wenn zwei doppelt ist, so ist es nicht dasselbe. Dazu kommt der gewaltige politische Einfluß der Großindustriellen. Der Zentralverband deutscher Industriellen, er unterzieht jedes Gesetz, was sich irgendwie mit Stellung der Angestellten zur Regierung stellt, so ist auch der sozialpolitische Kurs.

Auf einer Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten am 28. Oktober 1904 begrüßte Herr Vogelius seine Freunde, seine Erzähler den Minister v. Rheinbaben hier bestätigte: Wenn zwei doppelt ist, so ist es nicht dasselbe. Dazu kommt der gewaltige politische Einfluß der Großindustriellen. Der Zentralverband deutscher Industriellen, er unterzieht jedes Gesetz, was sich irgendwie mit Stellung der Angestellten zur Regierung stellt, so ist auch der sozialpolitische Kurs.

Also alle Minister, außer dem rheinisch-westfälischen Finanzminister, werden von Herrn Vogelius als Reformminister für den Markt, dagegen zu protestieren. Die Industrie möglicherweise politische Einfluss ebenso ihren Lohnzetteln genommen hat, wie die Parteien dies bei den Landarbeitern tun. Wenn es für die Landarbeiter noch so vorwiegend Arbeiterschaft gibt, so ruht das auch daher, daß die Landarbeiter der Sozialdemokratie bis heute noch zum größten Teil fernstehen, denn alle Sozialgesetze sind fast aus-

schließlich ein Erfolg der Wissenskraft der Sozialdemokratie. Ohne die Charaktere wäre in England seineszeit der Reichstagtag nicht durchgesetzt worden. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit 1888 fortgesetzte sozialpolitische Anträge gegeben. Die ganze Versicherungsgesetzgebung wurde zuerst von Sebel angestellt. Aber die Sozialgesetzgebung hat sich immer in sehr beschränkten Grenzen gehalten. Selbst zu Zeiten des bekannten Februarsturzes hat man kapitulierte vor dem brutalen Machtkreis jener Schärmsmacher, welche gegen das sogenannte soziale Königtum energisch Front machten.

In der Seemannsordnung ist teilweise der Arbeiterschutz durchgeführt, und bei der letzten Regelung hat man verschiedene Bestimmungen, die bis dahin sozialistischer Natur waren, zu einem zwingenden Recht gemacht. Aber man darf nicht vergessen, daß durch Gülow dieses Gesetz von seinem Vorgänger übernommen hatte. Was ist

während der Amtszeit bei Hörl?

Selbst geschehen? Er trat sein Amt an, als die bekannte 12.000 M. Lüftung fand, also als die Arbeiter mit dem Buchstaben gesetzlich bestimmt werden sollten. 1903 kam das Kinderschutzesgesetz und dann eine Regelung zum Krankenfassengesetz. Es folgte der Gesetzwurf über die Berufsschule, womit man die Arbeiterschaft lnebeln wollte. Das ist das, was man "Hörl'sche Sozialpolitik" nennt. (Hört! hört!) Sofort war der immerhin einiges Verständnis hatte, der aber beim Zentralverband in Ungnade gefallen war, wurde entlassen. Die Industriellen haben auf ihren Zusammensetzung eine Machtkräfte für die Regierung aufgestellt. Sie wollten zunächst eine Revision des Krankenfassengesetzes nach der Richtung hin, daß die Unternehmer die Beiträge bezahlen sollten, um auf diese Weise den Einfluss der Arbeiter zu verhindern, die Sozialdemokratie zu schwächen und die Verwaltung der Kassen in die Hände der Unternehmer zu legen. Selbstverständlich werden die Industriellen weiter den Willen noch die Fähigkeit haben, das bis zu bestimmen durchzuführen. Tatsächlich gibt es nicht eine einzige Sozialpartei nicht schon bestimmt, gegen welche die als wir zuerst aufgestellt. Man geht da nicht einfach darüber, die bereits gelegentlich festgelegt sind. Wir haben in letzter Zeit den Allgemeinen ein Wiederholung geschafft sein soll, wie er von den zahlreichen Arbeitern bei Bezahlung verdient wird. Dieser Antrag vor nicht budig, aber selbst diesen Antrag wollte man nicht geben lassen. Er erzielte es weiter, daß man mit Bläßung auf die geringen Gewichten die Bestimmung des § 184 Absatz 2 der Gewerbeordnung übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs ein Miegel vorgeschrieben werde, waren es die Hörer und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte aber, daß die ganze Praxis nur ein Umgehung des Verbotes war, nachdem Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagessatzes übersteigen durften, umgeht, indem man einen Teil des Arbeiters nicht lohnen, sondern Prämien zu, die verwickelt sind in den Tagessatz, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in den Regel höher als der halbe Tagessatz. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des § 184 in Folge des Umtauschs

Der Parteitag in Nürnberg.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Mollendorf (fortlaufend):

Ich weiß nicht, ob die Arbeiter das zu bedauern haben, denn sie sollten darum drängen, daß die öffentlich-rechtliche Versicherung berichtig aufgebaut und ergänzt wird, daß sie auf Wohlfahrtskassen von einzelnen Fabriken nicht angewendet sind. Jeder Arbeiter soll sich das, was er zum Unterhalt seiner Familie braucht, selbst erwerben können, und im übrigen soll die Reichsversicherung eintreten. (Sehr richtig!) Aber gerade auf diesem Gebiete herrscht überall Stillstand. Um die Zeit der Sozialreform, wie sie gegenwärtig im Volk betrieben wird, so recht ins helle Licht zu stellen, hätte ich nur nötig, die im letzten Jahr verabschiedete Unfallversicherungs-Novelle im einzelnen zu erörtern. Es gilt, überall eine Agitation einzuleiten, um die soziale Gesetzgebung vorwärts zu treiben. Da heißt es, in Veranlassung der Arbeiter aufrufen, daß sie fordern, woraus sie ein Recht haben. Sie haben ein Recht daran, daß ihre Gesundheit, ihr Leben geschützt wird, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können, und das kann nur dadurch erlangt werden, daß man auch innerhalb der heutigen Gesellschaft in der Sozialpolitik das bewilligt, was bewilligt werden kann. (Begeisterter Beifall)

Quand - Frankfurt

begündet den Antrag 12. Er will das, was Mollendorf in unvollenkommener Weise als Gesamtprogramm in der Sozialpolitik entrollt hat, für die allmähliche sozialpolitische Praxis festlegen. Er sieht ein bei unserem bekannten, sozialpolitischen Programm und führt aus, daß für die Unterstützung der Aktionen unserer Parlamentarier nichts bauliches sein kann, als noch vor Zusammensetzung des Reichstages eine großzügige, gemeinschaftliche Agitation von Partei und Gewerkschaften für den Kernpunkt des Arbeitsschutzes, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit - ins Werk zu legen. Wir wollen eine Lehre ziehen aus der Verabsiedlung des Betriebsvereinsgesetzes, bei der die Aktion unserer Abgeordneten nicht durch eine umfassende Agitation unterstützt worden ist. Es kann keine glänzende Gelegenheit geben, als diese, die Wahlen aufzuhalten über das Blockregime, das den Arbeitern eine Meinungsfreiheit gewährt, was zwar als einen Schritt vorwärts erachtet, aber dem regierungstreuen Unternehmen nicht weh tut. Es gilt, den Arbeitern auseinander zu setzen, wie ungünstig - selbst unter dem augenblicklichen Stand der Dinge - die Vorschläge in der Gewerbe-Novelle sind, insbesondere der Vorschlag des Gewerbeverbundes für die Frauen und Mädchen. Ich doch nach den Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes durch die gewerkschaftlichen Klämpe des Arbeiters jetzt erreicht, daß für Männer und Frauen eine Arbeitszeit von mehr als zehn Stunden überhaupt nur noch in 110 Betrieben vorliegen und für etwa 8000 Arbeiter, während 130000 Arbeiter eine Arbeitszeit von 8 Stunden erwungen haben. Da ist der Vorschlag der Gewerbe-Novelle ein wahrer Kettenfremd. Den neuwilligen Arbeitstag fordern wir in der Resolution als zunächst erreichbares im Gegensatz zum zulässigen Arbeitstag in der Gewerbe-Novelle. Seit der Verleipholischen Reform und den Kaiserlichen Erlassen von 1892/1893 bietet sich jetzt zum erstenmal die Gelegenheit, am diesem Hauptpunkt angedrungen und dem Parlament und der Reichsregierung dazulegen, daß sie seit 16 Jahren nichts mehr zu schaffen wissen und wir können als diese kleinen, ungünstigen Vorschläge, unsere Wagen sind falsch aufgestanden als wir. Der Zentralverband der Industriellen und andere Gewerkschaftsverbände sind längst am Punkt mit ihrer Meinungsfreiheit gegen diese sozialpolitische Novelle.

Da gilt es, mit der gesamten Energie, die wir durch Verbindung von Partei und Gewerkschaften erreichen, einzugehen und damit auch zugleich die prinzipielle Aufklärung der Massen zu fördern, an der Stand dieser bestimmaten Aufgabe. Es gibt gar keine volkstümlichere, keine praktischere Arbeit. Es gilt, den Arbeitern klar zu machen, an der Marx'schen Broschüre "Lohnarbeit und Kapital", die auch in unseren Gewerkschaften viel zu wenig verbreitet ist, daß jede Verlängerung der Arbeitszeit eine Vergrößerung der industriellen Arbeitserzeugung bedeutet.

Rasner-Sommerberg:

Heute die Resolution des Vorstandes und die Resolution Grauhuts besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Wir müssen oder auch Protest erheben gegen die beabsichtigte Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Den gewollten Zweck wird man ja nicht erreichen, da die Beamten der Krankenkassen, die man herausstößt, in demselben Augenblick frei werden für die Partei und die Gewerkschaften. Über man habe der Gewerkschaftsleitung eine Subvention bezahlt. Er besteht darin, daß besonders jetzt bei der Kfz-Arbeiter, die lange Zeit krank geworden sind, über im Verdacht stehen, daß sie krank werden könnten, vor sehr nach der Krankheit entlassen werden. Schon wiederholt sind Familienältere zu mir gekommen, die lange Zeit beim Norddeutschen Lloyd beschäftigt waren und haben unter Kränen ihre Rot gefragt. Selbst solche Arbeitnehmer, denen man, bevor sie sich zur Kur begaben, versichert, daß sie ohne weiteres nachher wieder eingestellt werden würden, sind dann doch nicht wieder angenommen worden. Diese Wirkungsweise mußte mehr in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Man sollte das Material sammeln, um bei der Rendierung des Krankenkassen-gelegeten den Beweis führen zu können, in welch rücksichtsloser Weise die Unternehmen in den Betriebskrankenkassen ihre Macht benutzen. (Sehr wichtig!)

Saul Müller-Hamburg:

Mollendorf führt an, daß durch die Seemannsordnung für die seemannischen Arbeiter Deutschlands der Schiffbauindustrie gelegentlich garantiert sei, soweit ihre Dienlichkeit in den Tropen fällt. Er wollte offenbar den Unternehmen, die sich gegen die Einführung des Arbeitsumfangs in der Industrie wenden, beweisen, daß dieser bereits teilweise eingeführt ist. Ich muss aber zu den Ausführungen Mollendorfs einige kräftige Einwendungen machen. In der Praxis steht nämlich diese Bestimmung des Gesetzes nur auf dem Papier. Die scheinbaren gesetzlichen Garantien der arbeitsfähigen Arbeitszeit im § 85 der Seemannsordnung werden durch den § 84 bestellten Gesetzes vollständig aufgehoben. Dieser Paragraph bestimmt, daß der Schiffsmann auch in den Tropen jederzeit

jeden ihm übertragenen Dienst ausüben muß und die Auslegung dieser Bestimmung durch die Meeder und durch die Gerichte ist eine solche, daß die arbeitsfähige Arbeitszeit läufertisch gemacht wird. Ich erkläre dies vor dem Parteitag, damit die binnennationalen Bevölkerungen nicht feinen Illusionen hängt über die Romantik des Seemannslebens, wie sie ihnen in illustrierten Zeitschriften vor Augen geführt wird. Mit Nachdruck möchte ich besonders den Schlüß der Resolution Mollendorf unterstützen, der eine scharfe, gesetzlich garantisierte Kontrolle der sogenannten Wohlfahrtunternehmungen der "Internationale" fordert. Solche Pensionskassen, Anwälten mögen usw. werden auch von den großen deutschen Reedereien an dem ausgeschriebenen Zweck geschaffen, sie als Ausbildungsinstitut gegen die Arbeiterschaft zu verwenden. Im Falle des Austritts aus dem Betriebe haben die Arbeiter nicht den geringsten Anspruch auf Rückzahlung der bereits eingezahlten Beträge und haben auch bei der Verwaltung dieser Kassen kein Wort mitzureden. Die Wohlfahrtseinrichtungen sollten daher mit aller Scharfekämpft werden. (Beifall)

Hoch - Hanau:

Aus den Reichstagverhandlungen vom vorigen Winter über die Gewerbeordnungsnovelle geht klar hervor, daß die Arbeiter nichts zu erwarten haben. Fast alle unsere Anträge sind niedergeschlagen worden. Überhaupt haben die Arbeiter von den Bürgerlichen Parteien in der Sozialpolitik nur insofern Befriednisse zu erwarten, als es die Festlegung der von den Gewerkschaften bereits den Unternehmen abgetrennten Gewerkschaften betrifft. Wie arbeitsfeindlich die Sozialpolitik gerade unter dem neuen Kurs sich gestellt hat, dafür ist der beste Beweis, das skandalöse Vorgehen der preußischen Regierung mit dem Legitimationszwang für ausländische Arbeiter, den unsere Gewerke im Reichstag mit Recht als Verfassungsbruch bezeichneten. Dieser Zwang ist von einer Reihe von Bundesstaaten angenommen worden, und auch die bayerische Regierung soll mit ihm im Prinzip sich einverstanden erklärt haben. Der Arbeitsmarktentwurf hatte fraglos nur die Absicht, die gelben Gewerkschaften zu fördern. Bei der Regelung der Tarifverträge möchte man die Gewerkschaften sofort machen für alle Berufe gegen Vereinbarungen mit den Unternehmen. Bei dem Entwurf über die Anerkennung der Gewerksvereine hat man das Streitfeld weiter Schichten der Arbeiter einzudammen wollen, und neuerdings sammelt man Material, um bei den nächsten Begegnungen einen Zweck zu erreichen. Den Versuch, bei der Novelle zur Krankenversicherung den Betriebsgenossenschaften die schlummierten arbeitsfeindlichen Rechte nur bescheiden einzufüllen, hat die Regierung infolge des Widerstandes des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der ganz Arbeitgeberstab mobil gemacht hat, wieder aufgegeben, wenn man das auch zu verheimlichen sucht. Den Arbeitern aber will man auch die Selbstverwaltung in den Krankenkassen befreien, nur, weil sie es wagen, von den ihnen gesetzlich gewährte Rechten Gebrauch zu machen. Gegen die Erhebungen über die Betriebsgenossenschaften habe ich nichts einzutwenden. Über durch Erklärungen unserer Gewerke erreichen wie nicht. Die Unternehmer wollen ganz genau, wie die Dinge liegen, und wollen die Betriebsgenossenschaften gerade wegen dieser Wirkungsweise. Was wir zu tun haben - und in diesem Sinne begegne ich den Antrag der Frankfurter - ist, zu protestieren und die Arbeiter zu allgemeinem Widerspruch aufzurütteln. Nur wenn die Arbeiter mit aller Kraft gegen die ungünstigen Bestimmungen der Novelle zur Krankenversicherung protestieren und besser verlangen, können wir einen Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben.

Sachsen - Bremen:

Mollendorf und Hoch haben schon die Gründe angegeben, warum den Unternehmen so viel an einer Verschlechterung des Krankenfahrsatzes liegt. Vielleicht kommt noch ein anderer Grund für sie hinzu. Auf dem Krankenfahrsatztag in Braunschweig ist auf den Fragebogen - nur 213 waren eingelaufen - festgestellt worden, daß die Arbeitgeber die Krankenkassen um 264 000 Mark betrogen haben. (Hört! hört!) Damit diese Betriebsgerüste nicht mehr ans Licht der Öffentlichkeit kommen, will man das Gesetz ändern. Auch sind Verstrebungen im Gang, um die Unfallversicherung zu verschlechtern. Die landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften drängen darauf, daß die kleinen Unfallanten unter 25 Prog. abgeschafft werden. Hauptsächlich sind es die christlichen Bauern, die solche Wünsche haben. Im preußischen Landtag haben sich nationalliberale und Zentrumsabgeordnete zu Vorstößen solcher Wünsche aufgemacht, und auch im Reichstag ist Zentrumsabgeordnete für diese Fortsetzung eingetreten, so erst kürzlich der Zentrumsabgeordnete Dr. Burkhardt. Die Regierung hat sich ziemlich nachgiebig verhalten. Sie gab die Zahl der Beträge an, womit die kleinen Unfallanten die landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften belasten. Sie mußte aber gleichzeitig zugeben, daß 44 Prog. der jungen Unfallanten nichts beflossen würden, wenn die Unfallanten unter 25 Prog. bestellt würden. Ferner sucht man auch den Reichstag zu drängen für die Arbeitskammern zu bestimmen. Das Reich braucht eben sehr viel Geld, und hier will man sparen. An alle Versicherungsanstalten ist die Aufsichtserweiterung ergangen, möglichst knapp in der Bevollmächtigung der Renten zu sein. So sind denn auch in diesem Jahre 42000 Renten weniger bewilligt. (Hört! hört!) Während früher der Reichsaufschuß jährlich um 3, 4 oder 5 Millionen stieg, ist er im letzten Jahre auf 51 Millionen gestiegen. Ebenso wird schon jetzt gegen den gesetzlichen Reichsaufschuß für die Winzen- und Weinstandversicherung vom Bunde der Landwirte und der "Deutschen Tagesszeitung" Sturm eröffnet, so erst kürzlich der Zentrumsabgeordnete Dr. Burkhardt. Die Regierung hat sich ziemlich nachgiebig verhalten. Sie gab die Zahl der Beträge an, womit die kleinen Unfallanten die landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften belasten. Sie mußte aber gleichzeitig zugeben, daß ein weiterer Antrag eintrete. Wir haben natürlich mit einem blanken "Nein" geantwortet. So sucht man gesetzliche Versprechungen zu annulieren. Nur alldeutig geht der Vorstand, daß in Herbst, wenn Vorstand und Generalkommission sich zu beraten haben, eine kräftige Agitation eingeleitet werden muß.

Das Schlüßwort erhält

Ausdehnung des Arbeiterschutzes einsehen, weil der Reichstag sich augenblicklich mit der Reform der Gewerbeordnung beschäftigt. Die Motive zu dieser Reform zeigen deutlich, daß man selbst im Reichsrat des Innern nicht genau darüber unterrichtet ist, was eigentlich in der Gewerbeordnung steht. (Hört! hört!) So wird § 120a von den Kommentatoren, darunter dem verstorbenen Wilhelmi, so ausgelegt, daß seine Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahr an Leib und Gesundheit sich auf alle selbständigen Gewerbebetreibende einschließlich der Handwerker und der hausgewerblichen Arbeiter beziehen. Die Motive behaupten, daß dieser Schutz für hausgewerbliche Arbeiter nicht besteht. Dagegen sucht der neue § 130a den bisherigen Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung den Vorrang im Sinne der Unternehmer auszuüben, indem er die Schutzbestimmungen gegen übermäßig lange Arbeitszeit, die in § 120 für hausgewerbliche Arbeiter vorgesehen sind, bestätigt. (Hört! hört!) Daß dieser § 120a sich auch auf hausgewerbliche Arbeiter bezieht, geht auch daraus hervor, daß eine Reihe von Verordnungen, die sich nur auf diese beziehen, erlassen worden sind. So hat der jetzige Minister v. Rheinbaben als Regierungspräsident von Düsseldorf die Benutzung von Kleidungsstücken in der Handwerksbetriebe verboten und seine Vorbereitung hat darin eine Überarbeitung der Gewerbeordnung gesehen. In einem fühlhaften Beigleit ist durch Verordnung die Verwendung von Kleidungsstücken zur Herstellung von Spielwaren verboten worden, wenn die Arbeitszeit zugleich die Schaffenszeit ist. Dies handelt sich also offenbar um Familienbetriebe. Aus alledem geht klar hervor, daß man sich so stellt, als lenne man die Gewerbeordnung nicht, um einen Teil des bisherigen Arbeiterschutzes zu eskalieren. (Lebhafte Zustimmung.) In den Wahlen wird weiter behauptet, daß Bundesratsverordnungen nur für das ganze Reich erlassen werden können. Offenbar hat der Bundesrat die Gewerbeordnung nicht durchsetzen, denn der § 84 bestätigt ausdrücklich, daß die bayerischen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen des Bundesrats auch für bestimmte Bezirke erlassen werden können. (Lebhafte Zustimmung! Hört! hört!) Da liegt der Widerspruch auf der Hand. Unsere Fraktion muß mehr fordern, als die Novelle zur Gewerbeordnung bietet. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird z. B. in der Motivierung gefragt: So muß in den gefürchteten Geschäftsbetrieben in der Regel den Arbeitern das Recht an Nutzungsmittel und geistigen Gütern über das Mauchen bei der Arbeit verboten werden. Auch muß ihnen die Reinigung der Hände usw. vor der Einnahme der Mahlzeiten sowie die Benutzung der ihnen von den Arbeitnehmern zu stellenden Schutzausrüstungen zur Pflicht gemacht werden. Gewiß kann man die verschärften Bestimmungen im allgemeinen wünschen, aber warum schreibt man dann nicht in das Gesetz hincin, daß es nur Vorrichtungen sein müssen zur Verhinderung von Krankheiten und Unfällen? Und weiter fragt ich: warum sagt man denn nicht einfach, daß der Arbeiter dem Unternehmen unbedingt Schadstoff schuldet, gemäß Bestimmungen, ähnlich wie sie in der Seemannsordnung und in den Gesetzen für landwirtschaftliche Arbeiter bestehen? Es muß hier eine Beschränkung eingeführt werden. Charakteristisch ist es, daß die Vorstände gegen die Vorschriften mit Geldbuße bis zu 300 M. oder mit entsprechender Haft oder Gefängnis geahndet werden sollen. Der Arbeiter, der es unterläßt, seine Hände zu waschen, soll genau so bestraft werden wie der Fabrikant, der die Gewerbeordnung bestimmt. (Hört! hört!) Das ist eine eigenartige Bestimmung. Es entsteht dadurch folgende Gefahr: Es ist z. B. im Unfallversicherungsgesetz eine Bestimmung vorhanden, wonach dem Arbeiter, welcher bei Begehung eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens verunglückt, die Rente überkündigt wird. Bleibt nun die Strafe aus § 147 bestehen, dann ist die Bestrafung wegen dieser Vorschriften eine Vergehenstrafe, die unter Umständen den Verlust der Unfallrente zur Folge haben kann. Darum ist diese Bestimmung so gefährlich. Man kann die ganze Gewerbeordnungsnovelle durchschauen, sie ist noch der einen Seite unvollkommen, nach der anderen Seite enthält sie geradezu gemeingefährliche Bestimmungen, und aus diesem Grunde ist es geboten, eine Agitation dagegen zu entfachen und die Arbeiter einzuführen über das, was ihnen droht, und über das, was sie im Augenblick fordern müssen. Dagegen halte ich die gegenwärtige Zeit für ungebracht. Es kommt darauf an, in jene Gegenden einzudringen, wo bisher die Arbeiter noch hinter anderen Parteien herlaufen; hier muß man den Arbeitern Flott machen, was sie zu fordern berechtigt sind. Dadurch werden ihnen die Augen geöffnet, und schließlich werden die Arbeiter, die bei den letzten Wahlen noch den Gegnern Heeresfolge geleistet haben, umgestimmt, und wir können sie bei den nächsten Wahlen als Wähler in unseren Reihen zählen. (Beifall.)

Die Resolution 123 und der Antrag 12 werden einschließlich angenommen.

Wir schließen auf die vorgeschrittenen Zeit wird das Referat Gehör über die Reichsfinanzreform auf Sonnabend vertragt.

Der Schluss der Sitzung wird durch die Erledigung verschiedener Angelegenheiten ausgeführt.

Zunächst erhält

Gaben

das Wort, um dem Parteitag noch eine Entscheidung der Kontrollkommission mitzuteilen: In Schneeberg in Sachsen waren schon seit Jahren Differenzen unter leitenden Vorsteigern ausgebrochen, die so sehr ausarteten, daß ein Schiedsgericht einberufen werden mußte, welches den Genossen Dehm und Seidel die Rechte überforderte, Ehren- und Vertrauensämter innerhalb der sozialdemokratischen Partei - auf unbegrenzte Dauer - zu bestimmen. Nur auf Beschluss der Kreisorganisation können sie in diese Rechte wieder eingesetzt werden. Dem Genossen Dehm wurde eine Rüge und dem Genossen Seidel ein Verweis erteilt. Während die Genossen Dehm, Seidel und Reich bei dem Urteil berührten, reizte der Genossen Seidel die Kontrollkommission an und verlangte, daß der gegen ihn geschehene Beschluß aufgehoben und die drei Genossen aus der Partei ausgeschlossen würden. Die Kontrollkommission kam nach Prüfung des sehr umfangreichen Materials zu dem Votum: Das Urteil gegen den Genossen Seidel wird aufgehoben. Sein Antrag auf Ausschluß der drei Genossen mußte abgelehnt werden, da nicht Genossen Seidel, sondern nur die Organisation berechtigt war, einen beratenden Antrag zu stellen. Ich bitte den Parteitag, diesem Beschluß beizutreten.

Der Parteitag tritt dem Beschluß der Kontrollkommission beizutreten bei.

Es folgt die Beratung der

Anträge, die die Organisationsfrage

bezeichnen. Anträge 18-20, 56, 122 und 123; die Anträge 18, 19 und 20 werden nicht unterstellt.

18. Lübeck: Da Befürchtungen vor sehr wichtigen Aktionen und Vereinbarungen, die von der Haupt-Parteileitung getroffen werden sollen, die Vorstände resp. Vorsitzenden der Landesorganisationen oder Agitationskomitees zu einer Konferenz zusammenzuberufen; mindestens muß jedoch ihre Ansicht eingeholt werden.

14. Agitationskomitee für den 11., 12., 13. und 14. Sachsischen Wahlkreis: Dem Parteivorstand wird empfohlen, bei wichtigen, die Gesamtpartei betreffenden Fragen die Vorsitzenden der Landes- bzw. Bezirkspartei vorher gutachthaltsmäßig zu hören oder sie zu einer Besprechung zusammenzuberufen.

15. Solingen: Einheitliche Präzise für ganz Deutschland einzuführen.

18. Frankfurt a. M.: Nach dem Vortrag des Vorsitzenden des Parteitages wählt der Parteitag eine Organisationskommission, die

bei dem Streben nach Wohlstand ist die Sparsamkeit! **Man spart schnell** und viel, wenn im Haushalt an Stelle der teuren **Naturbutter** die so sehr beliebten **Margarine-Marken**

Rheinperle und Solo in Carton

genommen werden, die von bester

Meierei-Butter

in Geschmack und Aroma nicht zu unterscheiden sind. □□□□□ Ueberall erhältlich.

Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, Goch (Rheinland).



Jasmatzi-Cigaretten

Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!

Lucca mit Mundstück	1 PL-Cigarette
Kolpo mit Mundstück	1 "
Unsere Marine mit und ohne Mundstück	2 "
Dubec No. 6 mit und ohne Mundstück	2½ "
Hellas mit und ohne Mundstück	3 "
Elmas Gold-Mundstück	3-5 "
Pteo mit Mundstück, ohne Mundstück und Gold	4-25 .

Brauchen Sie Möbel?

Bei den teuren Zeiten ist es unmöglich, Möbel und Garderoben gegen bar einzukaufen. Ich empfehle daher jedem meine kulantste Kreditfirma, ganz besonders

Brautleuten. Kolossal Auswahl haltbarer Möbel.

Billige Preise! **Kleine Anzahlung!** **Kleine Raten!**

	komplett		komplett		komplett
2 Bettstellen		2 Bettstellen		2 Bettstellen	
2 Matratzen		2 Matratzen		2 Matratzen	
2 Kleinkissen		2 Kleinkissen		2 Kleinkissen	
1 Kleiderschrank	290 M.	1 Kleiderschrank	314 M.	1 Kleiderschrank	388 M.
1 Sofa		1 Sofa		1 Sofa	
4 Stühle		4 Stühle		4 Stühle	
1 Tisch		1 Tisch		1 Tisch	
1 Spiegel	Anzahl.	1 Spiegel	Anzahl.	1 Spiegel	Anzahl.
1 Konsole		1 Kommode		1 Konsole	
1 Küchenenschrank	25 M.	1 Küchenenschrank	30 M.	1 Küchenenschrank	35 M.
1 Küchenstuhl		1 Küchenstuhl		1 Küchenstuhl	

Gediegene Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisenzimmer, Herrenzimmer, Mahagoni-Salons usw. Elegante Ausstattungen bis 10000 M. Einzelne Möbel 5 M. Anzahlung. Prachtvolle Plüsche-Garnituren eigener Anfertigung!

Reizende, moderne Küchen-Einrichtungen.

Teppiche, Stores, Gardinen, Läuferstoffe, Manufakturwaren und Wäsche, Feder- und Betten, Kinder-, Sportsitz- und Liegewagen, Näh- und Wringmaschinen, Uhren, Bilder, Spiegel, Damen-, Herren- u. Kinderschuhwaren.

Damen

Jacketts, Kostüme, Paletots, Kostümärmel, Blusen, Kleiderstoffe, Umhänge, Pelzwaren vor 5 M. Anzahlung zu

Auch Maass-Anfertigungen.

Herren

Anzüge 24 M., Anz. 6 M.
Anzüge 38 M., Anz. 10 M.
Anzüge 46 M., Anz. 12 M.
Anzüge 58 M., Anz. 16 M.

Carl Klingler Dresden-Altst. I.
Möbel- und Waren-Kredithaus 1. Ranges
Wallstrasse 2, 1. Etage
dicht am Postplatz, neben der Markthalle.
Neu! Neu! Neu! Neu! Neu! Neu!
eröffnet!

Cigarren

Gelegenheitsposten!
Gummi, Borstenläden, Gummia 10,
2, Zauben 17, 20, 25, 28, 30, 32,
35, 38, 40, 45, 50, 52 bis 65 M.
Profilblumenz. gern zu Diensten.
B. Horn, Palmar. 18, 1. Etage.
Federbetten feste Einzelhändler. 12
Geburtsfeier.

Nahrhaft, blutbildend, gut bekämpflich!
Milkeimalz-Kakao
Sfd. 160 Sf. Chokol.-Hering.

11000 Meter

Gardinen u. Viträgenstoffe

Darunter hervorragende Gelegenheitskäufe, soweit der Vorrat reicht
weit unter Preis.

Z. B.:

Gardinen . . . früher —.50, jetzt —.30 M.	Viträgenstoffe . . . früher —.50, jetzt —.30 M.
Gardinen . . . früher —.15, jetzt —.10 M.	Viträgenstoffe . . . früher —.15, jetzt —.10 M.
Gardinen . . . früher 1.—, jetzt —.15 M.	Viträgenstoffe . . . früher 1.—, jetzt —.15 M.
Gardinen . . . früher 1.40, jetzt 1.— M.	Viträgenstoffe . . . früher 1.40, jetzt 1.— M.

2200 Fenster

Gardinen, Stores u. Viträgen

Bett-Decken, Zier-Deckchen, Zug-Gardinen, Scheiben-Schleier usw.

in bekannter Gediegenheit eminent billig. — Grosso-, Einzelverkauf.

Ungewöhnliche Besichtigung.

Gardinen früher 3.—, jetzt 1.80 M.	Stores früher 3.—, jetzt 1.80 M.	Viträgen früher 3.—, jetzt 1.80 M.
Gardinen früher 5.—, jetzt 3.— M.	Stores früher 5.—, jetzt 3.— M.	Viträgen früher 5.—, jetzt 3.00 M.
Gardinen früher 7.50, jetzt 5.— M.	Stores früher 7.50, jetzt 5.— M.	Viträgen früher 7.50, jetzt 5.— M.
Gardinen früher 10.—, jetzt 7.50 M.	Stores früher 10.—, jetzt 7.50 M.	Viträgen früher 10.—, jetzt 7.50 M.

Grosse Restbestände

1000 Stück Teppiche, 500 Stück Bettvorlagen, 1300 Stück Tisch-, Kommoden- und Nähtischdecken, 1200 Gart.-Portieren sowie einen Riesenposten Sofabezüge, Steppdecken und Läuferstoffe habe ich trotz meiner enorm billigen Preise, um eine Räumung vieler Artikel zu ermöglichen, im Preise bis 33 Prozent herabgesetzt.

33 l. Starers 33 l.
Teppich- u. Gardinenhaus
Portieren- u. Tischdecken-Fabrik.

Wilsdruffer Strasse 33



Empfehlung bei Winterbedarf
Elly-Kohle
Hohlräume 1.25 M. Dörrer Erzeug
für Ofenherde.
Beste böhmische Braunkohle
a. Hohlräume 90 Pf. sowie zur
Abbildung Borsig'sche Stein Kohle,
von 10 Hektolitern an frei ins Haus.
Briefette in allen Sorten
Handelskönig
Gewinn Elsbach, Colts, Chemnitzer G.
Keine Schiffskohle.

Möbel

Riesenhohe Auswahl:
Gediegene Ausführung
Bekannt billige Preise

Tränkers Möbelhaus
Görlitzer Strasse 21/23.

Auf Kredit!
Nur 1 Mark wöchentlich Abzahlung.
Hängelampen u. Kronleuchter
für Gast und Betriebeum
zu stimmend billig. Preisen nur teil.
E. Goldhammer
Dresden-L., Pöhlauer Str. 14, 2.

Mutterspritzen
Spülflaschen v. 1 M. an. Preis
binden und alle benötigten
Frauenartikel.
Preisgrat gratis 10 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger
Am See 37
Echte Dippoldiswalder Blau.
Das siehe auf die Firma!

Blumenstrasse Nr. 48, Haltestelle: Bönischplatz.

Sonntag und Montag

Schneidige Militär-Ball-Musik

in den märchenhaft geschmückten Räumen.

Größtes u. schönstes Ball-Lokal der Residenz!

Das Etablissement fasst bequem reichlich 2000 Personen.

Es lädt freundlich ein

August Lorenz.

Blumen-SäleGeehrten Vereinen halte mein großes Saal-Etablissement zu den fulantesten
Bedingungen angelegenheitlich empfohlen. — Großes Vereinszimmer frei:**Ballhaus**Bautzner
Str. 35
Tel. 3662

Sonntag und Montag

Grosse Ball-MusikJeden von 4—1/2 Uhr, Montag von 1—11 Uhr: Freier Tanz.
Samst. nach 11 Uhr: Biere liefern im Sälen nach allen Stadtteilen.

Anna verw. Dietzel.

Iana-SaalJeden Sonntag und Montag
Großer öffentl. Ball
bis nachts 12 Uhr.
Montags von 4 Uhr an
Frei-Tanz.Jeden Montag:
grand bal paréKönigliches und größtes Ball-
Etablissement der Residenz. Herren 50 Pf., Damen 20 Pf.
Ticket-Säle: Blumen- & Jägling. Herm. Haase, Besitzer.**Deutsche Reichskrone**

Bischlagsweg, Ecke Königsbrücker Straße.

Sonntag und Montag

Oeffentl. Ballmusik

Montag: Sonntag 4 Uhr und Montag 7 Uhr.

M. A. Poetzsch, Besitzer.

Reichshallen

Palmstrasse 13, 1 Minute vom Postplatz.

Sonntag und Montag

einer Ball à la Paris.12 Stück Tanzmarken 60 Pf.
Montag von 4—1/2, Montag von 7—1/2 Uhr: Freier Tanz.
Es lädt ergeben ein

Ernst Binder.

Wilder Mann.

Sonntag und Montag

rosse Ballmusik.

Kontertanz.

ermania

Morgen Sonntag

Ballmusik

Alt-Gruna.

9 Uhr: Große Blumenpolonaise.

Gasthof zum Lamm

Dresden-Trachau, Leipziger Straße.

Gasthof Kaditz.

Jeden Sonntag

große öffentliche Ball-Musik.

Hochachtungsvoll Friedrich Hantsch.

um alten Kloster

Jeden Sonntag

ffener öffentlicher Ball.

Große Wiener Volksmusik.

Eintritt frei!

Wettiner Säle

Leubnitz-Nunostra

feiner öffentlicher Ball.

Hierher der gelben Straßenbahn.

R. Heidels.

Montag von 4—5/4, Uhr: Freier Tanz.

Montag von 7—8/4, Uhr: Große Gelegenheit.

— Militär freien Eintritt.

Hochachtungsvoll E. Krämer.

BellevueWaltherstraße 27, am Friedländer Bahnhof.
Montag u. Grosse öffentl. Ballmusik.

Montag von 4—6, Montag von 7—1/2 Uhr: Freier Tanz.

Um gütigen Aufenthalt bitten Ossian Nitsche u. Frau.

Gr. Meissenerstr. 19.
Somstag u. Montag: Deftnl. Ball.

Montag: Tanzverein u. 7—11 Uhr: Herren 30 Pf., Damen frei.

A. Bitterlich.

Körner-Garten

Jeden Sonntag und Montag

Stadt Leipzig.

Leipziger Straße 76.

Jeden Sonntag und Montag

Feine Ball-Musik.

Hochachtungsvoll F. Schimack.

Schweizerhäuschen

Schweizerstraße 1, nahe Chemnitzer Straße.

Montag und Montag bis 12 Uhr

Großer öffentlicher Ball.**Bürgergarten, Löbtau**

Jeden Sonntag und Montag bis 12 Uhr

Extrafeine Ballmusik.Zur Ablösung von Bergmännern, Bergammlungen, Waffführungen und
Familienfeierlichkeiten empfiehlt ich meinen der Reise entsprechend ren-
ominierten Saal angelegenheitlich. Neuergerichtete Vereinsräume.

Hochachtungsvoll R. Naumann.

Drei-Kaiser-Hof.

Jeden Sonntag

Wiener Solisten-Frühstück-Konzert.

Von 4 Uhr an

Feine öffentl. Ballmusik.**Gasthof Schusterhaus**

Montag von 4 Uhr an

Garten-Konzert.

Nach dem: Grosse Ballmusik.

Gasthof Wölfnitz.

Montag von 4 Uhr an

Garten-Konzert.

Nach dem: Grosse Ballmusik.

Centralhalle

Jeden Sonntag Fischhofplatz 10 Jeden Montag

Gr. Ballmusik ohne Konkurrenz

Leitung: A. Kohlase, Musikdirektor.

Die pikantesten Schlager

aus den allmeisten Wiener und Berliner Operetten: Verkauf Violetta

von Gaier und Das Mitternachtsmädel von Holzendorf.

Auch für Nichtlässee amüsant.

Hochachtungsvoll A. Baum.

Gasthof Grüne Wiese.

Dresden-Gruna, am Ausgang des Großen Gartens.

Montag: Große öffentl. Ballmusik.

Gasthof Briesnitz.

Morgen Sonntag

Feine Ballmusik.**Hammers Hotel**

Jeden Sonntag und Montag

Grosse Ball-Musik.

Sonntags von 4—7 Uhr Tanzverein.

Montags von 7—10 Uhr Hochachtungsvoll MORITZ BECKER.

Gasthof Blasewitz

Im festlich dekorierten Saale:

Jeden Sonntag: Feine Ballmusik.

Vollständig neue Besetzung. — Es lädt freundlich ein L. Orland.

Gambrinus-Säle,

Löbtauerstrasse 66.

Jeden Sonntag von 3 Uhr an grosses Freikonzert. Um 4 Uhr: Feine Ballmusik.

10 Tanzmarken 50 Pf. Hochachtungsvoll A. Sch.

Gasthof Mockritz.

Morgen Sonntag

Feine Ballmusik und Garten-Freikonzert.

Es lädt höflich ein A. Knoll.

Paradies-Garten, Zschertnitz.

Anerkannt schönstes Vergnügungs-Etablissement.

Endstation der Strassenbahn.

Grosser Elite-Ball.

Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Hochachtungsvoll Max Ad. Heide.

Sächsischer Prinz,

Schandauerstrasse 11.

Montag: Grosser öffentl. Ball.

12 Tanzmarken 80 Pf. 6 Tanzmarken 40 Pf.

Es lädt ergeben ein E. Urban.

Donaths Neue Welt

Jeden Sonntag u. 4 Uhr: Öffentliche Ballmusik.

Jed. Mittwo. u. Sonnt. u. 4 Uhr: Grosses Herrenkonzert u. Kinderfest.

Gärtner 10 Pf. Kinder frei. O. Fenger.

Zum Steiger

Pfeischappel - Pfeischener Grund - Nieder-Pfeisch.

Montag: Öffentl. Ballmusik.

Emil Thiele.

Gasthof Pieschen.

Große öffentl. Ballmusik.

10 Stück Tanzmarken 60 Pf. August Leipert.

Gasthof Niedersedlitz.

Öffentl. Ballmusik.

Hierzu laden freundlich ein Th. Freitag u. Grau.

Feldschlößchen zu Kaditz

Jeden Sonntag

Schneidige Ballmusik

Um 4 Uhr: Auftrittsbüttel Artur Bär.

Gasth. Elysium, Dr. Räcknitz

Serrlicher Garten.

Jeden Sonntag: Feine Ball-Musik. A. Zillen.

Gasthof Kaitz

10 Minuten vor Goldener Stunde.

Jeden Sonntag

Garten-Freikonzert u. Ballmusik.

Tour 5 Pf. Eintritt frei.

Es lädt eng. ein A. Höglund.

Musenhalle

Sation: Reisewitzer Strasse.

Achtung!

Trianon

Prachtvoll! Renoviert!

Morgen Sonntag

Grosse Ballmusik.

Sonntag von 4-6 Uhr | Freier Tanz.

Hedachtungstroll Richard Brix.

Goldne Krone, Kl.-Zschachwitz

Morgen Sonntag

Grosse Ball-Musik.

Mittwoch den 23. September 1908

Grosses Konzert

ausgeführt vom Freiherrn von Burgker Bergmusik-Korps.
Leitung: Ruhmleiter E. Schlesberg. — Darauf: Feiner Ball.

Endlich 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Karten im Verkauf zu 30 Pf., an der Kasse 40 Pf.

Es lädt ergebnis ein Karl Dietze.

Gasth. zur Lugschenke, Gommern.

Sonntag den 20. September Schneidige Ballmusik.

Tour 5 Pf. — Tour 5 Pf.

Es lädt ganz ergebnis ein E. Schreiber und Frau.

Gasthof Zschieren. Ballmusik.

Hierzu lädt ein W. Müller.

Gasthof Gorknitz bei Dohna.

Morgen Sonntag

Tour 5 Pf. Starkbesetzte Ball-Musik. Tour 5 Pf.

Es lädt ergebnis ein Kurt Motzler und Frau.

Gasthof Gross-Luga.

Morgen Sonntag: Große öffentliche Ballmusik.

Es lädt ergebnis ein Bernhard Schneider.

Restaur. zur Hoffnung, Kleinluga.

Großes unter Lokalitäten mit schöner Altbau-Regelbahn

zur gereichten Belebung. Moritz Schreiter u. Frau.

Goldene Krone, Radebeul.

Sonntag Großes Wost- u. Winzerfest.

Es lädt ergebnis ein Otto Schulze.

Elbschlösschen zu Gohlis

Vom Pfarrhaus. Sonntag 15 Min. von der Elster.

Feine Ball-Musik.

Hierzu lädt ergebnis ein A. Hänsel.

Kindergarten Rähnitz.

Sonntag den 20. September, Quart 3 Uhr

Großes Schnitter-Fest

verbunden mit

grossem Umzug und grossem BALL.

Zwei kleine Schnittertänze um 6 und 9 Uhr.

Es lädt ergebnis ein T. Schmidgen.

Gasthof Zauckerode.

Sonntag Oeffentl. Ballmusik.

Rich. Klügel.

Gasthof goldner Löwe, Potschappel

Sonntag: Oeffentl. Ballmusik.

Emil Albert.

Gasthof Burgwitz

Sonntag Oeffentl. Ballmusik.

Es lädt freundlich ein Robert Reilig.

Angermanns Gasthof, Döhlen.

Heute Sonntag: Oeffentliche Ball-Musik.

Gasthof Nohlsdorf.

Sonntag Oeffentliche Ball-Musik.

Friedr. Lamatsch.

Gasthof Dobritz.

Morgen Sonntag:

Große öffentl. Ballmusik.

Es lädt freundlich ein Otto Hobfeld und Frau.

Neue Haus-Kapelle

unter Leitung des Herrn Wrede.

Sonntag und Montag bis 12 Uhr

Feiner öffentlicher Ball

Sonntag von 4-5½ Uhr: Freitanz.

Montag von 7-8½ Uhr: Feierabend.

10 neue Tänze.

Um gütigen Zuspruch bitten Ernst Valten.

Löbau

Strassenbahn-Verbindung: Postplatz-Wilhelm-

Gasthof Coschütz

Sonntag:

Konzert u. Ball

Geöffnet am H. Kippenhahn

Gasth. Rosenthal

hält sich zur Abschaltung

des Sommer- und Gewerbeplatzes

bestens empfohlen.

Jeden Sonntag: Feiner Ball

Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstr. 2. Telephon 1425. Maxstr. 13.

Sonntag den 20. September: Beginn der Theater-Saison

Gr. Eröffnungs-Vorstellung

ausgeführt vom Dresdner Volkshaus-Ensemble. Direktion Fr. Melms.

Auftreten des gesamten Künstlerpersonals.

Papas Liebschaft.

Schwank in 3 Akten von Mallachow und Elsner.

Eintritt à Person 20 Pf.

Sanöffnung 4 Uhr.

Aufgang 6 Uhr.

Oskel Toms Hütte

Grosses Ostragehege

direkt an der Elbe gelegen, nächst Schönburg. Eierläufen. Franz Klaus.

Metropol-Theater

16 Wettinerstraße 16

Diese Woche:

Biene und Rose, Ballett, vedeté toller. Der

Banträuber und der Polizeibeamt, höchst komisch.

Tomblib und Trifab und das übrige große Programm.

Von Dienstag an:

Der Fluch des Golbes, sensationelles Drama.

Etablissement ab 16. September:

Reichskrone

Kabarett-Abende.

Alter Gasthof, Mügeln

Sonntag von nachmittags 4 Uhr an:

Oeffentl. Ballmusik

Neueste Tänze.

Um zehnreichen Besuch bitten Fr. Zöllner, H. Claus.

Deutsches Haus, Mügeln

Sonntag den 20. September

Grosses Erntefest.

Neues Orchester. — Neueste Tänze.

Es lädt ergebnis ein Martha verw. Schneider.

Gasthof z. Müglitztal, Dohna

Sonntag den 30. August Feine Ballmusik.

Es lädt ergebnis ein P. Winstler.

Stadt Amsterdam, Laubegast

Heute Sonntag: Oeffentliche Ballmusik.

Es lädt ergebnis ein C. Saape.

Gasthof Stetzsch.

Morgen Sonntag Feine Ballmusik.

Tanzmarie 10 Et. 70 Pf.

Das Käthchen. Abend 4 Pf.

Hierzu lädt freundlich ein O. Puschell.

Modriker Höhe

Großartige Fernsicht. — Familienverkehr.

Gemütl. Tänzchen.

Es lädt ganz ergebnis ein E. Krausse u. Frau.

Bormanns Gasthof, Zschiede

Heute Sonntag

Große öffentliche Ball-Musik.

12 Tanzmarken 60 Pf.

Balkes Gasthof, Gittersee

Morgen Sonntag

Grosse öffentliche Ball-Musik.

12 Tanzmarken 60 Pf.

Weicherts Gasthof in Klein-Naundorf

Morgen Sonntag

Gr. öffentliche Ball-Musik.

Hierzu lädt ergebnis ein R. Weichert.

Löbau

Gasthof Coschütz

Sonntag:

Konzert u. Ball

Geöffnet am H. Kippenhahn

Dresdner Hof

in Bewirtung! Rosenstrasse 11

empfiehlt sich bestens und lobet zu zauberhaftem Besuch hervorragend.

Hochzeitstisch Emil Tieze.

Jägerhof

Schönstes Garten-Etablissement

Niederlößnitz

des Schönigrundes, 2000 Met. hoch

ca. umgestellt, zur Verfügung.

empfiehlt sich bestens und lobet zu zauberhaftem Besuch hervorragend.

Emil Tieze.

um freudlichen Aufenthalt bitten Bernhard Leisner u. Co.

Zum Umzug

empfehlen wir unser reich assortiertes Lager.

Möbel-Abteilung

Schränke, Vertikos, Kommoden, Bettstellen, Matratzen, Sofas, Waschische, Spiegel, Trumeaus, Sofa-, Auszieh-, Schreibische, Büffets, Diwan, Chaiselongues, kompl. Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer-Einrichtungen

Bequeme Teilzahlung

An- u. Abzahlung

je nach Vereinbarung und Wunsch des Käufers.

Zur Herbstsaison

Neuheiten in Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzügen, Damen